

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(23. - öffentliche - Sitzung am 16. Januar 2019)

**Beratungsthemen:**

**1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Zukunft der Altenpflegeausbildung“**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1993](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 4) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

*Abwesend:* AfD

**2. Unterrichtung der Landesregierung über einen Waffenfund in einer Außenstelle des Justizministeriums**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, die Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen fortzusetzen.

**3. Verfassungsgerichtliches Verfahren:  
Organstreitverfahren der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie der Abgeordneten Dana Guth gegen die Niedersächsische Landesregierung wegen Verletzung der Auskunftspflicht nach Artikel 24 Nr. 1 NV (Kleine Anfrage zu „Ausnahmegenehmigungen zum betäubungslosen Schlachten“) - StGH 2/18**

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Äußerung gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

*Abwesend:* AfD

**4. Verschiedenes**

Der Ausschuss zog als mögliche Ziele für eine Informationsreise einerseits Irland und Nordirland, andererseits die Republik Südafrika in Betracht. Er bat die Landtagsverwaltung, Näheres zu den beiden möglichen Reisezielen zu eruieren, und nahm in Aussicht, anschließend eines der beiden Ziele auszuwählen.

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über eine an das Landgericht Hannover gerichtete Bombendrohung zu unterrichten.